

1 Einleitung

In der Politik spielt es eine zentrale Rolle, was als gut, richtig und wahr angesehen wird. Wer festlegen kann, was richtig und wahr ist, hat im politischen Wettbewerb um die Macht eine gute Ausgangsposition. Deswegen wird in politischen Debatten, in Wahlkämpfen und am Stammtisch oftmals erbittert darüber gestritten, wie Ereignisse zu verstehen und zu interpretieren sind. Ein Beispiel dafür ist die Diskussion um den von Menschen verursachten Klimawandel (vgl. z. B. Uekötter 2019; Voss 2010). Auf der einen Seite ist sich die Wissenschaft in zahlreichen Studien weitgehend darüber einig, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt, und diskutiert lediglich über das Ausmaß der Erderwärmung, deren konkrete Auswirkungen und über Maßnahmen, den Klimawandel zu stoppen. Auf der anderen Seite stehen Klimaleugner:innen, die mit vielen Anekdoten, Argumenten und Interpretationen die Existenz eines solchen menschengemachten Klimawandels anzweifeln, gänzlich zurückweisen oder sogar wilde Verschwörungstheorien formulieren. Ganz ähnliche Muster finden sich auch bei anderen Diskussionen, etwa rund um SARS CoV-2 und die Berechnung von Inzidenzen, Reproduktionsfaktoren und Verbreitungsprognosen. Es sind oft sehr ungleiche Auseinandersetzungen, in denen wissenschaftliche Studien auf Meinungen prallen, in denen unterschiedlichen Standards an das diskutierte Ereignis angelegt werden. Und in denen vieles auf zwei Fragen hinausläuft: *Wem wollen wir vertrauen? Was halten wir für wahr, was für falsch?*

Diese Fragen treiben die Menschen um – und das nicht erst, seit ein US-amerikanischer Präsident richtig für falsch und wahr für unwahr erklärt, dabei die Grenzen zwischen Fakten und Fake aufhebt und »alternative Fakten«¹ präsentieren lässt. Das Grundproblem – wie kann

ich etwas wissen? – verändert sich dadurch nicht, es tritt nur viel deutlicher hervor und es trifft ganz besonders ein Teilsystem moderner Gesellschaften, das sich schon von Berufs wegen mit Erkenntnis und Wissensbeständen beschäftigt: die Wissenschaft.

Während sich in der Moderne mit ihren technologischen Entwicklungen und einem rasanten Fortschritt und Wissensgewinn in nahezu allen Bereichen von den Natur- und Human- bis zu den Geistes- und Sozialwissenschaften in weiten Teilen der Bevölkerungen westlicher Staaten eine Wissenschafts- und Technikgläubigkeit verfestigt hatte, schwingt das Pendel nun zurück. Der Satz: »Vertrauen Sie mir. Ich bin Wissenschaftler:in«, wird nun vermehrt hinterfragt und schlägt nicht nur bei einem US-amerikanischen Präsidenten in ein »aber, ich glaube / meine / denke« um. Kurzum, wissenschaftliches Wissen wird hinterfragt, angezweifelt, verleugnet – und zwar in einem Ausmaß, das viele Autoren:innen dazu veranlasst, von einem »postfaktische Zeitalter« zu sprechen, in welchem Meinung Tatsache ersetzt (vgl. zum Begriff Postfaktizität Schaal u. a. 2017; 2019). Letzten Endes sind beide Haltungen problematisch. Denn weder unreflektierte Wissenschaftsgläubigkeit noch Wissenschaftsleugnung werden dem gerecht, was Wissenschaft ist und was sie in Bezug auf Erkenntnis leisten kann.

Wissenschaftlich gewonnene Erkenntnis ist weder unfehlbar noch endgültig. Sie ist vorläufig und, noch viel wichtiger, nachvollziehbar in ihrer Entstehung, überprüfbar in ihren Ergebnissen und veränderbar in ihrer Interpretation. Und das war Erkenntnis schon immer, denn idealerweise ist Wissenschaft ein Prozess, in dem fortwährend neue Erkenntnisse aufgenommen und alte Irrtümer ausgeschieden werden, »jedenfalls wenn es gutgeht«, wie es der Wissenschaftsphilosoph Martin Carrier (2006, 130) formuliert. Warum also sollten die Menschen in den Laboren, Hörsälen und Seminarräumen der Universitäten und Fachhochschulen mehr, besser und genauer wissen und beurteilen können, was »wahr« ist? Diese Frage kann für die Wissenschaft im Allgemeinen und für die Politikwissenschaft im Besonderen nur beantwortet werden, indem man sich klar macht, welche Aufgabe Wissenschaft zukommt, was Wissenschaft und wissenschaftliches Arbeiten ausmacht und auf der Basis welcher Herangehensweisen Aussagen über die Wirklichkeit getroffen werden.

Wissenschaft hat in modernen Gesellschaften die Aufgabe, die Wirklichkeit zu erforschen, alte, etablierte Erkenntnis und deren Grundannahmen zu prüfen und bei Bedarf zu korrigieren, neue Erkenntnisse zu gewinnen und somit das Wissen über die Wirklichkeit zu mehren. Anders ausgedrückt: Forschen bedeutet, Rätsel zu lösen und Fragen zu beantworten – Fragen, auf die es bisher noch keine oder nicht ausreichend gesicherte Antworten gab, aber auch Fragen, die sich aus bisherigen Antworten ergeben. Dabei geht es nicht um beliebige Fragen, sondern um wissenschaftlich – und idealerweise: gesellschaftlich – relevante Fragen. Ziel der Forschung ist dabei neben der konkreten Antwort: den Wissensbestand über die Wirklichkeit zu erweitern, zu verfeinern und zu verbessern. Ziel muss es auch sein, insofern Forschung gesellschaftlich relevant sein will, Handlungsempfehlungen zu geben, wie diese Wirklichkeit besser, lebenswerter gestaltet werden kann. Letzteres Ziel mögen nicht alle Wissenschaftler:innen teilen. Aber Wissenschaft und Forschung haben immer auch eine Wirkung in die Gesellschaft hinein. Im Gegenzug hat die Gesellschaft auch Ansprüche an die Wissenschaft, nämlich dass diese Probleme des Lebens und Zusammenlebens zum Ausdruck bringt und in das öffentliche Bewusstsein rückt. Dieses Wechselspiel ist für eine moderne, empirisch ausgerichtete Politikwissenschaft von besonderer Bedeutung, beschäftigt sie sich doch von Berufs wegen mit der Analyse derjenigen Prozesse, Strukturen und Akteur:innen, die mit dem Herstellen und Durchsetzen allgemeinverbindlicher Entscheidungen in einem Staat, einer Gesellschaft, einer Gemeinschaft oder Gruppe befasst sind.

Zur Beantwortung der hier aufgeworfenen Fragen möchte der vorliegende Band einen Beitrag leisten, indem für die Politikwissenschaft und die in der Politikwissenschaft verwendeten Methoden dargelegt wird, wie ein wissenschaftlicher Erkenntnisprozess abläuft, wie er hinsichtlich seiner Qualität bewertet werden kann und welche Methoden bei welchen Fragestellungen zur Anwendung kommen. Im Folgenden findet sich ein kurzer Überblick über die Inhalte des Buches, das den Leser:innen eine Orientierungshilfe anbietet, wenn sie sich für ein bestimmtes Thema interessieren.

In *Kapitel 2* wird der Begriff Wissenschaft definiert als systematisches, regelgeleitetes und selbstreflektiertes Erzeugen von Erkenntnis.

Dabei wird auf die Bedeutung von Theorien ebenso eingegangen wie auf wichtige Grundelemente der Wissenschaft: Begriff, Definition, Variable, Aussage, Hypothese. Für die Anwendung von Theorien spielen die Konzepte der Übersetzung (Operationalisierung) und der Erfassung (Messung) von Begriffen und Hypothesen im Forschungskontext eine zentrale Rolle. Sie werden gesondert diskutiert.

Kapitel 3 geht der Frage nach, wie empirisch fundierte, also in der Wirklichkeit verankerte, Erkenntnis möglich ist. Ausgehend von den sozialwissenschaftlichen Grundpositionen Positivismus und Konstruktivismus werden Induktion und Deduktion als schlussfolgernde Verfahren der empirischen Verankerung von Erkenntnis in der Wirklichkeit vorgestellt sowie – darauf aufbauend – Unterschiede und Gemeinsamkeiten qualitativer und quantitativer Herangehensweisen aufgezeigt.

Vor dem Hintergrund dieser wissenschaftstheoretischen Grundlagen behandelt *Kapitel 4* die Politik als Gegenstandsbereich einer wissenschaftlichen Disziplin. Dabei werden Politikbegriffe, Dimensionen und Analyseebenen der Politik ebenso vorgestellt wie metatheoretische Grundpositionen in der Politikwissenschaft. Was es bedeutet, Politikwissenschaft als Erfahrungswissenschaft zu betreiben, wird abschließend diskutiert.

Wie Forschungsprozesse ablaufen und wie deren Güte beurteilt werden kann, ist Gegenstand von *Kapitel 5*. Dabei werden idealtypische Abläufe quantitativer, positivistischer Forschungsprozesse und qualitativer, meist konstruktivistischer Forschungsprozesse vorgestellt sowie jeweils Prüfkriterien, anhand derer die Qualität der Forschung bewertet werden kann. Während das Kriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit für beide Ansätze gilt, werden für quantitative Forschung die Kriterien Validität (Gültigkeit) und Reliabilität (Zuverlässigkeit) und für qualitative Ansätze Indikation (Angemessenheit), empirische Verankerung, Kohärenz und reflektierte Subjektivität als Gütekriterien diskutiert.

In *Kapitel 6* wird am Beispiel der Untersuchung von Demokratieverständnissen herausgearbeitet, welche Rolle wissenschaftliche Grundpositionen und Erkenntnisinteressen für die Gestaltung eines Forschungsprozesses sowie die Analyse von Daten spielen. Demokratieverständnisse können deduktiv und quantitativ anhand standardisierter

Fragebögen und statistischer Auswertung erfasst werden. Oder sie können induktiv und qualitativ anhand offener Befragungsformen und inhaltsanalytischer Methoden untersucht werden. Dabei zeigt sich, dass beide Herangehensweisen sich bei der Erzeugung und Überprüfung von Wissen durch ihre spezifischen Stärken ergänzen.

In *Kapitel 7* werden in der Politikwissenschaft häufig verwendete Methoden der Datenerhebung wie etwa Experiment, Beobachtung, Befragung und Dokumentenanalyse vorgestellt. Methoden der Datenanalyse werden in qualitative und quantitative Verfahren unterteilt und entsprechend präsentiert. Die Grundannahmen und zentralen Arbeitsschritte sowie Herausforderungen bei der Verwendung der jeweiligen Methoden werden ausgehend von typischen Forschungsfragen diskutiert, welche mit der Methode beantwortet werden können.

In *Kapitel 8* schließlich werden einige zentrale Bände zu Methodologie und Methoden (nicht nur) der Politikwissenschaft kurz besprochen. Das ausführliche Literaturverzeichnis schließt den Band ab.

2 Was ist Wissenschaft? Eine kurze Annäherung

Wissenschaft kann definiert werden als eine »in ihren Aussagen überprüfbare und systematische Beschäftigung mit nahezu beliebigen Bereichen der Natur, des menschlichen Denkens und des menschlichen Zusammenlebens und seiner Gestaltungsformen« (Mols 2019, 24). Es können also die unterschiedlichsten Dinge, vom schon genannten Klimawandel bis zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms, von schwarzen Löchern bis zur Entwicklung eines Klebstoffs, von der Entstehung politischer Parteien bis hin zu Krieg und Frieden, Gegenstand wissenschaftlicher Beschäftigung sein. Im Unterschied zu Alltagswissen, das auf den eigenen Erfahrungen, den Erzählungen anderer oder überlieferten Geschichten von früher (Traditionen) beruht und oft in seiner Entstehung nicht nachvollzogen werden kann, müssen wissenschaftliche Aussagen *intersubjektiv*, also unabhängig von der aussagenden Person, nachvollziehbar sein. Um Intersubjektivität zu erreichen, müssen wissenschaftliche Aussagen einer Reihe von Kriterien genügen. Dazu gehören:

Präzise Sprache und genau definierte Begriffe. Es muss klar formuliert sein, was man meint, wenn man einen bestimmten Begriff verwendet, also welche Bedeutung der Begriff hat. Denn es macht zum Beispiel einen Unterschied, ob man Demokratie als »ich darf selbst mitentscheiden« oder als »die gewählten Vertreter entscheiden« definiert. Folgt man der ersten Definition, wird man das politische System Deutschlands als verbesserungsfähig ansehen, da es Möglichkeiten des direkten Entscheidens vor allem auf der kommunalen Ebene, weniger auf der Landesebene und mit Ausnahme der Neugliederung des Bundesgebiets (Art. 29 Abs. 2 GG) und einer neuen Verfassung (Art. 146 GG) nicht auf Bundesebene gibt. Folgt man der zweiten Definition, so wird man

womöglich zu einer positiveren Bewertung kommen. Grundsätzlich wird man aber aneinander vorbeireden, wenn man sich nicht über die Bedeutung von Demokratie verständigt, sondern davon ausgeht, dass die eigene Definition geteilt wird. Für den Umgang mit Wissenschaft und wissenschaftlichen Studien bedeutet das, sich sehr genau anzuschauen, wie wichtige Begriffe und Konzepte definiert sind, um nachzuvollziehen, was damit gemeint ist.

Standardisierte und regelgeleitete Vorgehensweisen bei der Untersuchung der Welt. Wenn ein Thema oder Ereignis wissenschaftlich untersucht wird, muss klar sein, wie man bei der Untersuchung vorgegangen ist, welche einzelnen Schritte bei einem Experiment man gemacht hat, welche Fragen in einer Umfrage gestellt wurden und allgemeiner: welche Methoden man verwendet hat, um zu Erkenntnis über die Welt zu gelangen. So kann man in einer Umfrage zur Demokratiezufriedenheit beispielsweise fragen: »Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?« Man sollte diese Frage dann in jedem Interview in genau der gleichen Weise stellen und nicht etwa einmal »Sie sind doch sicher zufrieden mit der Demokratie, oder?« und ein anderes Mal »Sind Sie denn zufrieden mit der Demokratie?«. Denn das könnte zu Verzerrungen in den Antworten führen. Bei der ersten Frage wird schon eine Antwort nahegelegt. Zudem fällt es aufgrund der Ja-Sage-Tendenz (Akquieszenz) unabhängig vom Inhalt der Frage leichter, zuzustimmen als zu widersprechen. Darüber hinaus würde bei dieser Frage hinzukommen, dass der Begriff der Demokratie wenig präzise ist. Die Frage erscheint zwar recht eindeutig, aber es ist nicht nachvollziehbar, auf was sich die Antwort bezieht. Das könnte die Idee der Demokratie oder die Demokratie in Deutschland sein. Präziser wäre es also, die Frage aufzuteilen und wie in den meisten Umfragen üblich nach der Zustimmung zur Idee der Demokratie, zur Verankerung im Grundgesetz und zur praktischen Umsetzung in Deutschland zu fragen. Von zentraler Bedeutung ist es jedenfalls, die eigene Vorgehensweise, verwendete Messinstrumente – in diesem Fall einen Fragebogen – und auch die Auswertungsweisen offenzulegen. Erst dann kann sich die geneigte Öffentlichkeit ein Bild von den Ergebnissen einer wissenschaftlichen Studie machen.

Verortung von Begriffen, Konzepten und Methoden in wissenschaftlichen Strömungen oder Schulen. Wissenschaft ist kein einheitli-

cher Block. Gerade in den Sozialwissenschaften gibt es verschiedene wissenschaftliche Schulen und Strömungen, die zum Teil von sehr unterschiedlichen Grundannahmen (Prämissen) über die Beschaffenheit der Welt und des Seins (Ontologie) sowie die Beschaffenheit von Wissen und der Möglichkeit, Erkenntnis zu gewinnen (Epistemologie), ausgehen. Diese Grundannahmen muss man kennen, um wissenschaftliche Studien und deren Befunde einordnen zu können. Erstens geht es dabei um die Bedeutung der wissenschaftlichen Strömung im jeweiligen Fach: Gilt sie als allgemein anerkannt und etabliert oder ist sie randständig und umstritten? Zweitens geht es um die Forschungsperspektive und die verwendeten Begriffe. Denn unterschiedliche Schulen entwickeln auch unterschiedliche Fachsprachen, um denselben Untersuchungsgegenstand zu beschreiben und zu analysieren. So würde beispielsweise eine an der Systemtheorie von Niklas Luhmann (1984) oder Talcott Parsons (1972) orientierte Politikwissenschaftlerin das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft aus dem Blickwinkel der funktionalen Differenzierung betrachten. Funktionale Differenzierung bedeutet, dass sich in Gesellschaften bestimmte Teilsysteme ausbilden, die Aufgaben für die Gesellschaft als Ganze erfüllen. Wirtschaft ist für die Umwandlung der Natur in Güter und Politik ist für das Fällende verbindlicher Entscheidungen zuständig. Beide funktionieren nach unterschiedlichen Logiken (Effizienz bei der Umwandlung vs. Effektivität bei der Durchsetzung) mit unterschiedlichen Währungen (Geld vs. Macht). Sie würde sich dann für die konkrete Ausgestaltung der Systeme und deren Austausch miteinander interessieren. Ein an Karl Marx (1867) orientierter Politikwissenschaftler würde das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft dagegen als ein Verhältnis von Basis und Überbau analysieren und in der Politik vor allem die Verfestigung oder Institutionalisierung gesellschaftlicher Eigentumsverhältnisse sehen. Politik ist in diesem Verständnis eine Folgeerscheinung der materiellen Verhältnisse und kann nicht als eigenständige Sphäre analysiert werden. Es sind sowohl Vorannahmen und Vokabular als auch Erkenntnisinteressen der beiden Forscher:innen unterschiedlich. Und dennoch untersuchen sie beide den gleichen Gegenstand – das Verhältnis von Politik und Wirtschaft – und können beide zu gültigen Ergebnissen gelangen.

Zusammengenommen bilden diese drei Kriterien die Grundlage für wissenschaftliches Arbeiten, denn »Wissenschaft steht und fällt damit, dass ihre Aussagen mittelbar, nachvollziehbar und zugleich kritisierbar sind« (Mols 2019, 25). Darüber hinaus ist es auch Aufgabe der Wissenschaft, »ihre Aussagen in einen systematischen Zusammenhang [zu bringen], der Einzeltatsachen zu ordnen hilft, sie in übergreifende Aussagen genereller Natur stellt und möglichst zu Erklärungen, d. h. zu verallgemeinernden Begründungsableitungen, vorstößt« (ebd.).

Wissenschaft als menschliche Tätigkeit dient also nicht dazu, nur einen einzelnen Fall zu untersuchen, zu verstehen oder zu erklären. Sondern sie will darüber hinaus möglichst Gesetzmäßigkeiten etablieren, also allgemein oder zumindest für eine Gruppe von Ereignissen oder Fällen geltende Erkenntnisse. Es geht um die systematische und regelgeleitete Herstellung genereller Aussagen über die Wirklichkeit (Alemann/Forndran 1995, 44), die gerade aufgrund dieser empirisch und logisch abgesicherten Generalität zuverlässigere Aussagen über die Wirklichkeit ermöglichen als der »gesunde Menschenverstand« (vgl. Patzelt 2001, 69).

Wissenschaft verfolgt also das Ziel, die Realität nach einem System von Regeln nachprüfbar in einem geschlossenen Modell zu rekonstruieren (Kriterium der Wahrheit). Darüber hinaus sollen die Ergebnisse und Befunde von Wissenschaft auch dazu dienen, das Leben der Menschen rationaler und humaner zu machen (Kriterium der Nützlichkeit). Wissenschaft verfolgt also nicht nur einen Selbstzweck, sondern soll den Menschen zugutekommen. Das ist auch ein Hauptgrund, warum man bei der Erzeugung von Erkenntnis besondere Sorgfalt walten lassen und die Ergebnisse von Forschung gründlich prüfen sollte.

Je komplexer der Forschungsgegenstand, desto schwieriger ist auch das Herstellen möglichst genereller, empirisch und logisch wahrer Aussagen. Wenn es beispielsweise darum geht, den Wahlerfolg einer neuen Partei zu erklären, dann könnte eine alltägliche Erklärung von Wähler:innen sein, dass »die halt endlich mal sagen, was wirklich los ist« und die Menschen die Partei deshalb wählen. Aus wissenschaftlicher Perspektive könnte man dasselbe Phänomen zum Beispiel darüber erklären, dass eine Lücke zwischen den von den bisher erfolgreichen (sprich: im Parlament vertretenen) Parteien bearbeiteten Themen und

den von den Wähler:innen als wichtig erachteten Fragen entstanden ist, die sogenannte Repräsentationslücke (vgl. Jun 2011). Neue Parteien können dann erfolgreich sein, wenn sie diese thematische Lücke besetzen. Um die Annahme zu überprüfen, müsste man nun erstens nachweisen, dass eine solche Lücke überhaupt bestanden hat, zweitens, dass die neue Partei diese Lücke besetzt hat, und drittens, dass die Partei auch aufgrund dieser thematischen Ausrichtung gewählt wurde. Dazu könnte man in einem ersten Schritt die Parteiprogramme der bisher erfolgreichen Parteien analysieren und die dort bearbeiteten Themen mit einer Wähler:innenumfrage zu wichtigen politischen Problemen abgleichen. Nur wenn dort tatsächlich Themen der Wähler:innen nicht besetzt sind (z.B. Frieden und Ökologie in den 1980er Jahren oder Nationalismus und Wohlstandschauvinismus in den späten 2010er Jahren), besteht überhaupt eine Lücke, in die Parteien stoßen können. In einem zweiten Schritt muss dann das Parteiprogramm der neuen erfolgreichen Partei analysiert werden. Nur wenn die von den anderen Parteien nicht aufgegriffenen, aber von einem ausreichend großen Teil der Wähler:innen betonten Themen dort vorkommen, können sie eine mögliche Erklärung für den Erfolg liefern. Um zu prüfen, ob dies und nicht andere Gründe – z.B. eine charismatische Parteivorsitzende – zur Wahlentscheidung geführt hat, müssten wiederum Wähler:innen befragt werden nach den Gründen für ihre Entscheidung. Wenn sich auch hier zeigt, dass die Themen tatsächlich ausschlaggebend waren, kann man davon sprechen, dass die These der Repräsentationslücke als Erklärung dient. Um zu einer generellen Aussage oder einer Gesetzmäßigkeit zu gelangen, muss dies an so vielen weiteren Fällen wie möglich geprüft werden.

Das Beispiel zeigt auch, dass man für das Treffen von generellen Aussagen eine Reihe von Hilfsmitteln benötigt. Zunächst einmal formuliert man Annahmen über die Zusammenhänge von Ereignissen. Diese können auf dem gesunden Menschenverstand beruhen oder aus schon bestehenden Erkenntnissen oder Theorien abgeleitet werden. Ist letzteres der Fall, dann nennt man sie *Hypothesen*. Um die Annahmen oder Hypothesen zu überprüfen, müssen die verwendeten Konzepte in untersuchbare Größen umgewandelt werden (Operationalisierung) und dann mithilfe eines daraus entstandenen Messinstruments (Methode) in